

Medienverantwortung in der Mediengesellschaft¹

von Alfred Grosser

Zunächst geht es mir um eine Feststellung, die an sich einfach ist, die aber ständig übersehen oder vernachlässigt wird: Die soziale, die politische, auch die wirtschaftliche Realität ist eine doppelte. Einerseits existieren Fakten, die der Beobachter feststellen mag. Andererseits gibt es die Vorstellungen, die sich Menschen von diesen – oder anderen – Fakten machen. Als das einfachste und tragischste Beispiel für diesen Sachverhalt kann die vermeintliche Situation der deutschen Wirtschaft in den Jahren von 1933 bis 1939 angeführt werden. Die deutsche Wirtschaft bedurfte keineswegs eines neuen „Lebensraums“ im Osten, um zu gesunden und zu gedeihen. Die Tatsache, daß Adolf Hitler an die Notwendigkeit dieses zu erobernden Lebensraums glaubte, hat Millionen von Todesopfern gefordert.

„Reine“ Fakten gibt es nicht; sie sind eine Illusion. Zunächst einmal wählen Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen zwischen unzähligen Informationen und Programmöglichkeiten aus. Welche Wirkung die getroffene Auswahl entfaltet, hängt weitgehend davon ab, welche Einflüsse das Denken der Leser, Zuschauer und Zuhörer im voraus geprägt und bestimmt haben, durch welchen Filter jeder Kopf das Gelesene, das Gesehene und das Gehörte aufnimmt. Viele Journalisten kennen diesen Zusammenhang, aber unterschätzen fast immer, wie sehr das Wechselspiel der doppelten Wirklichkeit auch das Medium bestimmt.

Journalisten stehen bei ihrer Arbeit einerseits in der Gefahr, eine bewußte Auswahl oder eine gezielte (Um)gestaltung der Fakten vorzunehmen, sei es mit – oder ohne – Anweisung von „oben“ oder aus Angst vor dem Verleger, vor einem wichtigen Werbekunden oder vor den Ansichten des Publikums. Andererseits müssen sich Journalisten häufig vorwerfen lassen, daß sie sich selbst nicht in Frage gestellt haben, keine Distanz zu sich genommen haben,

um feststellen zu können, inwieweit ihre Betrachtungen der Realität durch ihre eigene Person und Persönlichkeitsmerkmale bestimmt ist.

Der letzte Gesichtspunkt läßt sich anhand zweier persönlicher Erfahrungen verdeutlichen: 1990 wurde in Paris ein Gesetz verabschiedet, das das Leugnen von Konzentrationslagern und der systematischen Judenvernichtung unter Strafe stellt. Ich war zunächst versucht, das Gesetz zu befürworten, weil auch ein Teil meiner Familie in Auschwitz ermordet wurde. Dann dachte ich an meine armenischen Freunde, denen ich seit Jahren in ihrem Kampf um die Anerkennung durch die türkische Regierung zur Seite stehe, die 1915 einen Genozid am armenischen Volk verübt hat. Das französische Gesetz bestrafte aber kein anderes Leugnen als das der Verbrechen, die Adolf Hitler und die Nationalsozialisten begangen haben. Diese Einschränkung war schließlich ein wichtiger Grund für mich, dieses Gesetz abzulehnen.

Im Jahr zuvor hatte ich mein Buch „Le crime et la mémoire“ (Verbrechen und Erinnerung) veröffentlicht. Eine Kollegin afrikanischer Herkunft schrieb mir, sie sei voller Bewunderung für meinen offensichtlichen Drang nach Gerechtigkeit – aber man erkenne doch, daß das Buch von einem Weißen geschrieben worden sei. Ich würde zwar von den Leiden der Schwarzen sprechen, aber nicht im selben Tonfall. Sie hatte mit ihrer Kritik recht.

Es dürfte aus meinen Hinweisen deutlich geworden sein, warum ich einen doppelten Exkurs machen werde, der für mich kein Exkurs ist, sondern eine Voraussetzung zum Verständnis der Problematik der Medienverantwortung.

Identität und Kultur

In der politischen Diskussion wird heute oftmals so getan, als habe jede Person lediglich eine Identität. Als sei jemand nur Serbe oder Deutscher oder Bayer oder Katholik. Jeder verfügt jedoch über eine vielschichtige Identität – oder besser gesagt viele Identitäten. Ich nehme das Beispiel, das ich am besten kenne, nämlich mich selbst.

Ich bin Mann und nicht Frau. Mein Geschlecht bringt mir noch in der französischen wie in der deutschen Gesellschaft völlig unverdiente Vorteile. Es sind zwar weniger Vorteile als vor dreißig Jahren, aber eine Reihe von Vorteilen gibt es weiterhin. Ich bin Professor, also Beamter. Das schafft mir eine soziale Identität, die der Identität italienischer, belgischer oder deutscher Beamten ähnlicher ist als der eines französischen Arbeitslosen oder eines Franzosen, der arbeitslos werden könnte. Letzter verfügt wiederum über eine soziale Identität, die der des belgischen oder italienischen Arbeitslosen ähnlicher ist, als die eines französischen Beamten. Der Vergleich mit Deutschland wird dadurch erschwert, daß ein westdeutscher und ein ostdeutscher Arbeitsloser sich nicht in einer vergleichbaren Lage befindet. In Westdeutschland beträgt die Arbeitslosenquote derzeit neun Prozent und in Ostdeutschland achtzehn

Prozent.

Ich fahre fort mit der Annäherung an meine „Identitäten“. Ich bin kein Bauer, also auch weniger schizophren, als wenn ich es mit einer ultraliberalen Grundüberzeugung wäre, die mich für die Parteien stimmen ließe, die sich auf die Regeln der reinen Konkurrenz berufen – und mit dem oft zornigen Willen, die Landwirtschaft vor marktwirtschaftlich bestimmter Preisbildung zu bewahren. Ich bin alt, was mir kein allzu schlechtes Gewissen gibt, weil meine vier Söhne meine Pension miterarbeiten. Meine kinderlosen Kollegen sollten sich jedoch einige reuige Gedanken machen! Ich bin Franzose. Das heißt, ich habe einen anerzogenen Hang zur Selbstüberschätzung, so wie Millionen von Deutschen einen Hang zum Selbstmitleid haben. Ich bin auch Franzose, weil ich französischer Staatsbürger bin. Mein 1997 erschienenes Memoirenbuch heißt „Une vie de Français“ (Leben eines Franzosen), obwohl ich, 1925 in Deutschland geboren wurde, dann 1933 nach Frankreich gekommen bin und erst 1937 zusammen mit meiner Mutter eingebürgert wurde. Welcher sogar in Deutschland geborene Türke darf seine Memoiren schon „Leben eines Deutschen“ nennen? Allerdings bedeutete mein „Franzosewerden“ gleichzeitig nicht mehr Deutscher zu sein, auch wenn ich der deutschen Kultur neben der französischen treu bleiben durfte. Es geht hier nicht um die doppelte Staatsangehörigkeit (sie ist in Frankreich häufig), sondern um das Entstehen einer echten Zugehörigkeit. Die Regierung Schröder hat einen großen Irrtum begangen. Es ging darum, Millionen in Deutschland geborenen oder seit vielen Jahren in Deutschland lebenden Ausländern endlich die Möglichkeit zu geben, Deutsche unter Deutschen zu werden. Man „verkaufte“ die gute Idee als gehe es darum, die Ausländer Ausländer sein lassen und ihnen lediglich einen deutschen Paß, gewissermaßen als Zugabe, zu schenken.

Die Identität, so schrieb der große französische, aus Litauen immigrierte, jüdische Philosoph Emmanuel Lévinas, sollte nicht durch den Finger bestimmt werden, der auf einen zeigt. Leider spielt dieser Zeigefinger ständig eine große Rolle. Einmal Türke, immer Türke? Der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung heißt nicht Özdemir. Dieser merkte dazu an, daß dann eigentlich auch keine Frau Beauftragte für Frauenfragen sein dürfte. Im fernen Singapur fragte mich eine deutsche Primanerin, ob sie hoffen dürfe, daß – sollte sie eines Tages eine Tochter haben – diese nicht mehr Argwohn und Anklage im Blick ihres Gesprächspartners sehen würde, wenn sie sagte, sie sei Deutsche. Sie gebrauchte nicht das Wort „Keule“, wie Martin Walser in seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche. Aber in diesem Punkt hatte er recht. Als der israelische Botschafter in einem Brief an die FAZ fragte, was für eine „Keule“ denn gemeint sei, da antwortete ich in einer Fernsehsendung, daß jede berechnete moralische deutsche Kritik an der menschenverachtenden Politik der israelischen Regierung auf die zornige Antwort stoße: „Auschwitz verbietet euch, Israel zu kritisieren.“

Man sollte sich ständig weigern, sich durch einen solchen „Fingerzeig“ identifizieren zu lassen. Mein Vater war Kinderarzt, Professor an der Universi-

tät Frankfurt, Leiter einer Klinik, Deutscher, Frontkämpfer mit EKI ausgezeichnet, Freimaurer, SPD- oder DDP-Wähler und, wie es in seinen Papieren hieß, „israelitischer Konfession“, aber nicht sehr gläubig. Im übertragenen Sinn hat „Hitlers Zeigefinger“ seine Identität auf die jüdische reduziert. Ich sehe keinen Grund, seinen Sohn allein durch den Zeigefinger von Adolf Hitlers identifizieren zu lassen. Ghettoisierung ist ein Fluch. Aber Selbstghettoisierung führt zum Ausschluß anderer, manchmal zum Haß, oft zur Verachtung. Letzteres um so mehr, als man dem sogenannten „kollektiven Gedächtnis“ verfällt. In Wirklichkeit gibt es keine „mémoire collective“. Ich kann mich erinnern, als einzelner oder auch als Mitglied einer Gruppe. Die Schützengrabensoldaten vor Verdun haben eine kollektive Erinnerung gehabt (die französischen und die deutschen übrigens ziemlich dieselbe). Ich habe keinen Anteil an der kollektiven Erinnerung an den Ersten Weltkrieg – ich war noch nicht geboren. Mein Anteil ist kein Gedächtnis, sondern etwas Übermitteltes, Vermitteltes, das nach meinem Verständnis erworbenes Wissen ist. Diese Vermittlungsleistung – durch die Familie, durch das Schulbuch und, heute immer mehr, durch die Medien – hätte im Ergebnis auch anders ausfallen können. Von „mémoire collective“ zu sprechen, hat den Vorteil, das es Zugehörigkeit zu schafft. Wenn ich sage, „Wir haben 1914 zunächst zurückweichen müssen“, so meine ich natürlich die französischen Soldaten, obwohl doch damals mein Vater an der „Westfront“ vorwärts drang.

Aus vielen Gründen wäre es jedoch besser, den Begriff „kollektive Erinnerung“ einfach durch „Wissen“ zu ersetzen. Ich kann immer noch nicht verstehen, warum mein Vorschlag seit Jahren nicht berücksichtigt wird, dem Braunschweiger Internationalen Schulbuchinstitut den Friedenspreis des deutschen Buchhandels zu verleihen. Seine Leistung auf dem deutsch-französischem Gebiet war vor allem in den fünfziger Jahren beachtlich. Ich möchte daran erinnern, daß sich die deutsch-polnischen Beziehungen sich kaum so sehr verbessern hätten können, hätte es nicht die Vernunft – also friedentiftende Zusammenarbeit – der deutschen und polnischen Geschichtslehrer gegeben.

Leider haben die Mächtigen und auch die Journalisten in den Medien noch immer nicht recht verstanden, um was es hier geht. In Frankreich und noch viel mehr in den USA zeigen die Fernsehspiel- und Dokumentarfilme ständig das Hitlerdeutschland und weisen so gut wie nie auf die heutige Bundesrepublik hin, die mit ihren demokratischen Institutionen, ihre Gesellschaft jetzt rechtsstaatlicher ist als die meisten anderen Staaten. Fazit: Für Millionen junger Franzosen, Amerikaner und auch Briten oder Holländer werden die Deutschen einerseits durch Hitler, andererseits von Michael Schumacher oder – was schon besser ist – durch Boris Becker verkörpert.

Die Problematik der „kollektiven Erinnerung“ findet in dem Begriff „Kultur“ oder besser gesagt, den Kulturen, ihre Entsprechung. Für mich gibt es drei Definitionen von Kultur. Zunächst einmal kann Kultur als Summe der Künste

verstanden werden. Diese Definition lasse ich hier beiseite, obwohl Musik meine tägliche geistige Nahrung ist. Die zweite Definition entspricht dem Begriff der Ethnologen und der Soziologen. Es handelt sich um die Summe der gemeinsamen Gebräuche und Werte, der gemeinsamen „Erinnerung“, die eine menschliche Gemeinschaft bezeichnet und zusammenhält. Es mag sich um eine Nation handeln, um eine Region, eine Partei, eine Religion, einen handwerklichen Beruf. Die dritte Kultur, das ist die Infragestellung der zweiten, das heißt, die aufklärerische Distanznahme, das Verstehenwollen der anderen Gemeinschaften, inklusive und vor allem der von diesen erlebten Leidens.

Ich glaube vielleicht zu viel an den besonderen Wert dieser dritten Kultur, weil ich die Aufklärung verehere – aber auch weil ich seit nun mehr als einem halben Jahrhundert nicht immer erfolglos versuche, solche aufklärerische Arbeit zu vollbringen, zwischen Franzosen und Deutschen, zwischen Ungläubigen und Gläubigen, zwischen sich hassenden und bekämpfenden Gruppen. Während derselben Zeitspanne war ich auch bestrebt, in Presse und Rundfunk in dieser Richtung mitzuwirken und habe versucht, Journalisten davon zu überzeugen, daß sie hier eine große Aufgabe haben.

Das Wirken und Versagen der Medien als Aufklärer

Um ein simples Beispiel zu nehmen: In vielen lokalen und regionalen Zeitungen, die sich als „unabhängig und überparteilich“ bezeichnen, erliegt man allzu oft der Versuchung, niemanden schockieren zu wollen, eine gewisse Enthaltensamkeit zu walten zu lassen, die einer Art „Entmannung“ gleichkommt. Auf diese Art und Weise übt man tatsächlich einen konservativen Einfluß aus. Der Leser wird so bleiben, wie er ist, das heißt, keines seiner Vorurteile wird in Frage gestellt. Ist die Praxis Fernsehens hier wirklich eine andere? Das soll gewiß nicht heißen, daß jede Form des Infragestellens unvoreingenommen ist. Nehmen Sie beispielsweise das Thema „Demokratie in der Bundesrepublik“. Viele Intellektuelle, darunter manche Journalisten, haben sich von Walter Jens und anderen beeinflussen lassen und glauben wirklich, die Demokratie sei in der Nachkriegszeit nur von den Besatzungsmächten aufgelegt worden. Wenn doch nur die Bürger – darunter viele Journalisten – 1990 gewußt hätten, welche Leistungen von vielen Männern und Frauen innerhalb so vieler Institutionen damals vollbracht wurden! In den evangelischen und katholischen Akademien, in den Gewerkschaften, in den Mitgliedorganisationen des Bundesjugendrings, in der Bundeszentrale für Heimatdienst (bald Bundeszentrale für politische Bildung genannt) aber auch in Zeitungs- und Rundfunkredaktionen. Denn dann hätte man sich darüber aufgeregt, daß keine Mittel dafür gegeben wurden, ähnliches in den in die Bundesrepublik eingegliederten „neuen Ländern“ zu vollbringen. Der freie Markt würde ja die demokratische Gesinnung von alleine bringen! Man lese die schöne, etwas bittere Festrede, die Joachim Gauck am 5. Juli 1997 zum fünfzigsten Geburtstag der evangelischen Akademiearbeit in Thüringen gehalten hat. In den neu-

en Bundesländern konnte keine ausreichende Aufklärungsarbeit geleistet werden, um klarzumachen, daß die Demokratie darin besteht, sich für das weniger Schlechte zu entscheiden und nicht in der Erwartung politischer Paradiese.

Das Verhalten der Medien am Beispiel der deutsche Einheit und PDS

Wären doch die Medien in beiden Teilen Deutschlands aufklärerischer, was bedeutet, mutiger zu sein! Es geht einerseits um Geschichtskennntnis, um Vergleiche andererseits. In den westdeutschen Medien wird nie der 1. Juli 1945 dargestellt. Wüßten alle, daß damals ein im September 1944 in London unterschriebenes Abkommen zwischen den USA, Großbritannien und den USA eingehalten wurde, dann gäbe es weniger Überheblichkeit den „Ossis“ gegenüber. Die Sowjetunion ließ die westlichen Truppen in Berlin einmarschieren. Die amerikanische Armee zog sich auf die 1944 festgelegte Linie zurück. So konnte es ein Westberlin geben – und so wurden Leipzig, Jena, Weimar, Halle und auch Schwerin Städte der DDR und nicht der Bundesrepublik. Durch diesen historischen Zufall wurden ihre Einwohner dazu verurteilt, in Unfreiheit und Kargheit leben zu müssen. Um ihren ostdeutschen Mitbürgern dies zu vergüten, sollten die „Wessis“ bereit sein, den neuen Bürgern der Bundesrepublik noch sehr lange finanziell zu helfen! In Ostdeutschland hingegen habe ich als besonders mutig gegolten, als ich in Zeitungen schrieb und im Rundfunk sagte, man solle sich nicht nur mit der reichen Bundesrepublik vergleichen. Erstens, weil es auch viel Armut in Westdeutschland gebe, zweitens, weil ein ostdeutscher Arbeitsloser im allgemeinen ein höheres Lebensniveau habe als ein polnischer Lohnempfänger. Keinem im ehemaligen Einflußgebiet der Sowjetunion gehe es relativ so gut wie den Bürgern der ehemaligen DDR. Manche besonders schöne, widersprüchlichen Wahrheiten gerecht werdende Texte zum diesem Thema sind kaum wiedergegeben worden. Ich denke beispielsweise an die große Rede, die Christa Wolf im Februar 1994 in Erfurt gehalten hat.

Was das Gegenteil der Aufklärungsarbeit ist, zeigt sich allzu häufig in der Behandlung des Themas PDS. Die Persönlichkeit und die Rede des Alterspräsidenten des jetzigen Bundestags sind zu wenig beachtet worden. Wer nach fünfzig Jahren prominenter SPD-Mitgliedschaft seine Partei wegen der ungerechten Behandlung der Ostdeutschen verläßt, dessen Gründe sollten eingehender dargestellt werden. Zugleich wurde wenig beachtet, daß er die DDR- und die SED-Vergangenheit beiseite ließ und den vorigen Alterspräsidenten Stefan Heym ohne Einschränkungen lobte. Als habe dieser nach dem 17. Juni 1953 nicht geschrieben, die Aufständigen seien „keine Deutschen und keine Arbeiter“ gewesen, „sondern etwas, was man aus dem Leibe der Nation auspreßt wie Eiter aus einem Furunkel.“

Ich bin mir in meiner Bewertung der Koalition mit der PDS in Schwerin nicht abschließend sicher. Ich weiß aber gut, was das Gegenteil eines aufklä-

renden Kommentars ist. Einerseits las ich einen Leitartikel von Theo Sommer in der ZEIT, der die neue Regierung als einen Triumph der endlich verwirklichten Wiedervereinigung feierte und stelle dazu fest: welche Ohrfeige für Friedrich Schorlemmer und viele andere! Auf der anderen Seite sah ich eine groß aufgemachte Karikatur in der FAZ. SPD-Ministerpräsident und PDS-Vize geben sich die Hand. Hinter jeder Person befindet sich ein großer Schatten. Walter Ulbricht als Schattenfigur kann vielleicht noch akzeptiert werden, obwohl der abgebildete PDS-Politiker erst 1951 geboren wurde. Der andere Schatten hinter dem SPD-Politiker zeigt nicht Helmut Schmidt, nicht Willy Brandt, auch nicht Ollenhauer oder Schumacher, sondern Otto Grotewohl, der 1946 vor der KPD kapitulierte hatte. Wo bleiben hier die Grundregeln des nach Objektivität trachtenden Journalismus?

Das Verhalten der Medien am Beispiel Europa

Um zu vermitteln, um aufzuklären, muß man wissen. Diese einfache Feststellung wird anscheinend weder von den Politikern, noch von den Journalisten geteilt, wenn es um das Thema „Europa“ geht. Dies gilt sowohl für Frankreich als auch für Deutschland ebenso wie für Politologen und Spezialisten der Zeitgeschichte.

Eine Ausnahme in dieser Hinsicht bildet meine Kollegin Monica Charlot, eine ausgewiesene Expertin für Großbritanniens Institutionen und Politik, die in der Neuauflage ihres Handbuches gleich zu Beginn schreibt, daß es heute eine Institution gibt, die über allen britischen steht, auch über dem House of Commons, nämlich der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Sie illustriert dies mit einigen Beispielen: die „blackbox“, welche die britischen LKWs nun kontrolliert, obwohl die Regierung und britische Gewerkschaften dies abgelehnt hatten; die Auszahlung des gleichen Lohns für die Frau, die einem Mann in dessen Stellung nachfolgt – dies, obwohl britische Gerichte die Gleichheit mit scheinheiligen Argumenten abgelehnt hatten.

Ich frage mich, ob eine ähnliche Information in Frankreich oder Deutschland stattfindet? Kann jeder Parteiführer, kann jeder Chefredakteur definieren, was eine Verordnung aus Brüssel, was eine Richtlinie ist? „Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat. Die Richtlinie ist in jedem Mitgliedstaat, an die sie gerichtet wird, hinsichtlich der zu erreichenden Ziele verbindlich, überläßt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.“ Dutzende von Verordnungen und Richtlinien bestimmen unseren Alltag mit. Wenn um die Zukunft der Europäischen Union gestritten wird, so kommen viele unberechtigten, Hoffnungen und Befürchtungen zum Ausdruck. Unberechtigt, weil es in vielen Punkten zu spät ist, um zu hoffen oder um zu fürchten, da das Erhoffte oder Gefürchtete bereits besteht. Wer sagt dies? Wer weiß es überhaupt, um es sagen zu können?

Medien und Werte: Warum Werte?

Ich gebe zu, daß meine Beurteilung der journalistischen Arbeit wertbeladen ist. Ich glaube jedoch nicht, mich dafür rechtfertigen zu müssen – besonders in Deutschland. Die Bundesrepublik bleibt das Land in Europa, das nicht auf dem Gedanken der Nation aufgebaut wurde, sondern auf eine politische Ethik. Es ist eine Ethik der doppelten Ablehnung. Daran hat sich auch mit der neuen Mehrheit nichts geändert. „Wir gründen auf zwei Traditionen von Widerstand – gegen den Nationalsozialismus, gegen die SED-Diktatur“, dies bekräftigte Joschka Fischer in seinem ersten größeren Interview als Außenminister in der ZEIT. „Übernahme der geschichtlichen Verantwortung – das war das moralische Fundament, das gehörte zur Raison d'être der neubegründeten deutschen Demokratie, der Bundesrepublik Deutschland“, so formulierte Wolfgang Thierse als Bundestagspräsident zur Gedenkstunde am 27. Januar 1999. „Wir nehmen unser Erbe an. (...) Niemals wieder dürfen wir zusehen, wenn Menschen verfolgt, entrechtet und erniedrigt werden. (...) Die Erinnerung gab uns Deutschen die Kraft, unsere freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie aufzubauen – und sie gab den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft das Vertrauen, sich mit uns zu versöhnen.“ Diese Sätze stammen aus dem Tagesbefehl an die Bundeswehr von Rudolf Scharping am selben Tag. Volker Rühle hatte fast ständig dieselbe Formulierung verwendet. Was Scharping über die Opfer sagte, berührte mich besonders. Die ganze deutsch-französische Aufklärungsarbeit der Nachkriegszeit war dem Sinne nach auf den ersten Satz der Präambel der französischen Verfassung von 1946 begründet. Der Sieg sei davongetragen worden „über die Regime, die versucht hatten, die Menschen zu versklaven und zu entwürdigen“. Es wurde nicht über Völker oder Nationen gesiegt.

Zu den Grundwerten gehört die Wahrheit oder, besser gesagt, die Suche nach Wahrheit. Niemand ist objektiv. Jeder von uns steht unter dem Einfluß mancherlei Rahmenbedingungen, darunter die eingangs beschriebenen Identitäten. Aber es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen denen, die sich der Objektivität, der Wahrheit verpflichtet fühlen und denen, die dies nicht tun. Deswegen finde ich so ergreifend, was Hans Scholl kurz vor seiner Verhaftung und Hinrichtung in einem Brief geschrieben hat: „Ich kann nicht abseits stehen, weil es für mich abseits kein Glück gibt, weil es ohne Wahrheit kein Glück gibt“. Für die Wahrheit hat er sich aufgeopfert, nicht für die Nation.

Ich hebe den Wert „Wahrheit“ aus zwei sehr unterschiedlichen Gründen hervor: Er betrifft die Medien und er hängt mit einem ernststen Problem zusammen, dem heutigen Europa eigen ist. Nirgendwo sonst haben nämlich die christlichen Kirchen noch einen den Anspruch, Quelle und einzige Vermittler der Moral zu sein. Dabei hat doch die katholische Kirche den Wert der freien Suche nach Wahrheit erst 1965 in einem der schönsten Texte des Konzils Vatikanum II anerkannt. Beide christliche Kirchen haben hier furchtbare Kom-

promise mit dem NS-Regime der Lüge gemacht. Beispielsweise riefen im März 1938 die österreichischen Bischöfe mit Kardinal Innitzer an der Spitze ihre Gemeinden auf, für Adolf Hitler zu stimmen: „Wir erkennen freudig an“, schrieben sie, „daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen (!) und wirtschaftlichen Aufbaus hervorragendes geleistet hat.“ Bereits am 21. März hatte der Berliner Generalsuperintendent Otto Dibelius in seiner Predigt zum Tag der Nationalen Erhebung Hitler aufgefordert, gegen seine Gegner „schonungslos vorzugehen, damit wieder Ordnung im Lande werde“ und berief sich dabei auf „die furchtbaren Worte“ von Martin Luther im Bauernkrieg. Als vor einigen Monaten von einer hohen Instanz der EKD gesagt wurde, es gebe eine alte Verbindung zwischen Kirche und Demokratie, da sah ich zumindest eine Verzerrung der historischen Wahrheit. Echte Christen (ihre Anzahl entspricht nicht der der Kirchensteuerzahler) und echte „gottlose“ Humanisten haben heute dieselben Grundwerte, darunter die Suche nach mehr Wahrheit und Gerechtigkeit, der Respekt vor und die Sorge für die Armen und die Entrechteten. In der Präambel der polnischen Verfassung von 1997 wird dies folgendermaßen formuliert: „Wir, das polnische Volk – alle Bürger, die an Gott als die Quelle der Wahrheit, der Gerechtigkeit (...) glauben, als auch diejenige, die diesen Glauben nicht teilen und diese universellen Werte aus anderen Quellen ableiten (...)“. Wieso kann sich eine solche Formulierung nicht in der Bundesrepublik durchsetzen, wo doch drei Viertel der Einwohner der „neuen Länder“ überhaupt keiner Konfession angehören? Sind sie deswegen unmoralisch? Es sollte doch eingesehen werden, daß ein Schulgesetz wie das Brandenburger mit der Formulierung „Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde“ in Frankreich gewiß niemanden schockiert. Dies dürfte nicht nur für Frankreich gelten.

Ich bin nicht sicher, ob ich dem Thema insgesamt gerecht geworden bin. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß wir denen widerstehen müssen, die behaupten, in der heutigen Medienwirtschaft, inmitten der Realität des „Unterhalten durch Unterhalten“, habe die Moral nichts zu suchen, sei sogar der Berufsethos ziemlich sinnlos. Das darf nur gedacht und gesagt werden, weil wir in einer Gesellschaft der Freiheit leben und sie schlecht, sogar unmoralisch, anwenden dürfen. Ich denke an die Formulierung, die algerische Journalisten als Inschrift für einen Saal verwendet haben, in dem sie ihr Schicksal bei einer Ausstellung von Pressephotos darstellten: „Wenn du sprichst, da stirbst du. Wenn du schweigst, stirbst du auch. Also sprich' und sterbe!“ Wer diese Journalisten bewundert, hat kein Recht, sich über den Respekt vor Grundwerten zynisch zu äußern. Daß bei der Umsetzung der Werte in die alltägliche Medienrealität Probleme entstehen, will ich nun ganz gewiß nicht bestreiten.

Anmerkung:

¹ Dieser Text entstand im März 1999 auf Grundlage eines anhand von Stichworten auf dem »Forum Medienezeption« gehaltenen Vortrags.